

Völkische

Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein'sche Verlagsanstalt, Georg-Benedikt-Verlag, Wilhelmstr. 11, Berlin W. 15. Telefon 2400-2405. Druck: Ullstein'sche Verlagsanstalt, Berlin, Postfach 1101.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Vertrieb: Zentrale Ullstein's, Am Dönhofs 8600-8605, Berlin W. 15. Fern- und Telephon 800-805. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 660.

Die Regierungsbildung

Parteiempfänger beim Reichskanzler.

Die Besprechungen um eine etwaige Umwidmung des Kabinetts Marx gelangen jetzt in das Stadium der Entscheidung. Der Reichskanzler hat für morgen die Führer der Koalitionsparteien, des Zentrum, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu sich geladen, um mit ihnen die Frage der Kabinettsbildung zu erörtern. Diese Unterhaltung sollen sich Besprechungen mit den Deutschnationalen und mit den Sozialdemokraten anschließen, über deren Termin noch nichts bestimmt ist.

Schon aus diesem Programm geht hervor, daß der Reichskanzler ganz die Reichsregierung bei den Verhandlungen über eine Veränderung der Zusammenfassung des Kabinetts die Initiative in der Hand zu behalten gedenkt, und daß er sich das Recht des Vorgehens nicht von einzelnen Parteien vorbehalten lassen will. Die Deutsche Volkspartei hat durch ihren bekannten Schritt beim Reichskanzler die Erweiterung der Reichsregierung ausschließlich nach rechts gefordert. Der Reichskanzler hat durch die gleichzeitige Einladung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen eine eindeutige Erklärung zu vermeiden, doch er eine einseitige Umformung des Reichskabinetts ablehnt.

Ueber die Schwierigkeiten, den idealen Gedanken der Volksgemeinschaft durch Vereinigung der bestehenden Kräfte von links und rechts zu verwirklichen, gibt man sich im Reichskanzlerhaus bereits keinen falschen Illusionen hin. Die Deutschnationalen haben zwar das Recht von der Volksgemeinschaft am häufigsten und am lauteften im Munde geführt, aber sie denken sich die Volksgemeinschaft in der Form eines Bürgerbundes gegen links. Seit zur rechten Zeit hat der deutschnationale Abgeordnete C. Langemann-Schönwägen auf einer Tagung der Bismarck-Jugend in Braunschw. eine Rede gehalten, in der er die programmativsten Ziele der Deutschnationalen mit offener Herzlichkeit deutlich gemacht hat. „Zerfrennen und Lösen des Reichs“, die Schönewägen bei der Deutschnationalen Mitgliederversammlung eine Rede hielt, verurteilte: „Wir werden die Alten beiseite lassen. Unser letztes Ziel wird niemals verlassen in irgendeiner Kompromittierung, und wir werden nicht zerfallen, bis unser letztes Ziel erreicht ist... Der Kampf um die Macht, geführt auf parlamentarischer Grundlage... ist die einzige Möglichkeit, um die Macht im Staat in die Hand zu bekommen...“

Weswegen die Sozialdemokraten nicht beiseite lassen, bis sie die Macht nicht nach außen tragen. Der Eintritt in die Reichsregierung ist die erste Stufe dazu, das andere wird sich dann weiter entwickeln. Im preussischen Staat liegt die Macht.“ Und weiter folgt Abg. Schönewägen's Schlußwort:

„Durch das Parlament wird Deutschland niemals geteilt werden, das geschieht erst in dem Augenblick, wo durch die Vertrauen, Ihren Zusammenhalt, Ihre Treue auf dem Wege des Parlamentes in den entscheidenden Stadien des Staates und des Reiches Verzichtleistungen genommen sind, die entschlossen sind, im gegebenen Augenblick querüber durch alle Bedenkselligkeiten das zu tun, was zur Rettung des Reichs notwendig ist. Wir sind nicht bereit, dies zu tun, bis wir die Rechte haben, die wir haben, bis wir die Rechte haben, die wir haben, bis wir die Rechte haben, die wir haben...“

Und dazu sollen Parteien, die so ungenügsam auf dem Boden der Bismarck'schen Verfassung stehen, wie Zentrum und Demokraten, den Deutschnationalen Handlungsebenen leisten! Wie gering die Stellung dazu auch im Zentrum ist, darüber werden die Deutschnationalen heute in einem Artikel der „Germania“ belehrt, der zweifellos als parteipolitisch anzusehen ist. Das Zentrum-Bild lautet:

„Es ist nicht unsere Aufgabe, der politischen Forderung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren ein Vorbild zu sein — das liegt uns wirklich nicht fern — aber wenn man objektiver verfährt, so wird man, was seit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 die deutsche Sozialdemokratie für den Wiederbau des Reichs und die Konstituierung seiner unpolitischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedürfnisse geleistet hat mit dem, was dazu die Deutschnationale Volkspartei getan hat, so fällt die Vergleich-

ung, milde gesagt, außerordentlich ungünstig für die Sozialdemokraten aus. Ihre Doppelrolle, die als solche nicht nur durchaus verwerflich und auch bedauerlich war, wurde wiederholt und ganze Zeitspalten hindurch reine Oblations- und Sabotagepolitik, und wenn der Wiederbauer Deutschlands so ungemein schwierig war, so ist das nicht dem feindlichen Zustand im der Kampflinie der Deutschnationalen zu verdanken gewesen... Wir glauben ebenfalls, daß es das deutsche Volk, soweit es sein politisches Denken und Handeln von richtigen Motiven leiten läßt, ohne weiteres werden wird, wenn jetzt die Reichsregierung oder Vertreter der Parteienpolitik mit berechtigten Wünschen und mit einer verlässlichen Hilfe gegen die Sozialdemokraten die

Der verbotene Krieg.

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

17. Okt. 1924

In der Völkerbundversammlung begann heute die große Debatte über das Protokoll, das den Angriff als ein internationales Verbrechen brandmarkt.

Politik sprach eine knappe Stunde lang vollkommen frei über die Welt der 1. Kommission, die der Schiedsgerichtsbank zugeordnet ist. Mit der an dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gewählten Schlichter entwidmete Politik noch einmal die Gründe, die bei den Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbank zugrunde liegen und betonte vor allem, daß das in der Prämisse zum Ausdruck gebrachte Prinzip, wonach fortan der Angriffskrieg nur „ein Verbrechen gegen die Zivilisierten unter den Völkern der internationalen Gemeinschaft“ darstelle, sondern daß es „ein internationales Verbrechen“ sei, die gesamte Steuerung im Völkerrecht bedeute. Er legte ferner den Nachdruck auf die unumkehrbare und schonen verlässlich erzielte Anerkennung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit seitens aller Staaten, und führte weiter aus, daß zum Ausgleich für einen derartigen in der Geschichte unüblichen Schritt dann besondere Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen werden müßten, wenn nicht die Anerkennung selbst planmäßig bleiben sollte.

Man habe ein Komparativ erfordern, aber in Wirklichkeit ganz einfaches und lohnendes Gelingen geschaffen, das die Ermittlung des Schuldigen an dem internationalen Verbrechen, welches der Angriffskrieg jetzt darstellt, ermöglichen wird, und man habe die Erfolge auf dieses Verbrechen gesetzt, die jede Rechtsordnung begehrt, wenn sie eingehalten werden soll. Gerecht habe der Völkerbund nicht die Präzedenz, nun alle Konflikte aus der Welt geföhrt zu haben.

Die Gründe für unsere Ohnmacht, erklärte Politik, sind die, daß noch auf lange Zeit hinaus Kriegsaufstände vorhanden sein werden, die mit juristischen Mitteln nicht geübt werden können. Erst am dem Tage, wo wir sicher sein werden, daß alle Konflikte nicht nur auf friedlichem Wege, sondern auch auf gerechtem Wege gelöst werden können, erst dann werden wir den wirklichen Frieden haben.

Godann nahm Venech als Berichterstatter der 3. Kommission das Wort zu seinem Bericht über die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung.

Während der Deutschnationalen in der Regierung beredsamen, nur weil diese noch fünf Jahren verantwortungslossten politischen Verhaltens erstehen habe, daß sie den Völkern der Demokratie nicht, sondern ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen nachsetzt und sich in eine parteipolitische „Gedankenwelt“ haben. Das weitere heute die Deutschnationalen ins Kabinet aufnehmen, hieße den Volk zum Quänter machen, hieße für die Mittelstaaten, eine Politik der Selbstentföhrung treiben, wie sie größer nicht ausgedacht werden kann. Wie verstanden, daß sich die Deutschnationale Volkspartei präzis als die es gefahren hat, zur bisherigen Politik der Mitte bekennt und ihre Verantwortlichkeit auspricht, auch zusammen mit der Sozialdemokratie eine Regierungsbildung vorzunehmen. Sollte die grundsätzliche Bereitschaft sowohl der Deutschnationalen wie der Sozialdemokraten zuzufinden, auch mit der bisherigen Regierungsoption die „große Regierung der Volksgemeinschaft“ zu bilden, so dürfte es außerdem notwendig sein, ein klares Regierungsprogramm, und zwar vor Bildung dieser Regierung, zu entwerfen. Ein Regierungsprogramm, dessen Zweck und Klarrichtung mit der bisherigen übereinstimmen müßte.“

So nahe, wie die Deutschnationalen glauben, ist danach der Bürgerbund noch lange nicht.

Wu-Pei-Su.

von Erich von Salomon.

Wu-Pei-Su, den ich gut kenne, dessen Gift ich bereits im feinen, im ganzen Osten berühmt gewordenen Militärtrager der Republik war, stammt aus einer Beamtenfamilie in der Provinz Szechuan. Das ist das Land, das Konfusius gebar. In ihm liegt die uralte Sphäre des Konfuzius, die das Werk des kommenden geistigen Chinas sein wird. Wu-Pei-Su, heute Marschall der Republik, hat eine klassische chinesische Bildung genossen. Das beginnt jetzt letztere zu werden. Auch in China ist Zeit gekommen, auch im Lande des Apelles, der Platon und des unendlichen Staates heißt es fruchtig Geld verdienen. Wu aber zitiert seine Menge ebenfalls stark und wie er die Kinder des weintrauben Pflügers Zi-Tse-Fe im Kloppe hat.

Der junge Wu wurde frühzeitig Soldat, ging durch die Militärschule, in der damals der jetzige Präsident der Republik Tzu-Tsun eine lehrerliche Stellung hatte. Daher die Freundschaft. Solche Freundschaft hält in China. Marschall Wu steht zum Reichshelden Tzu noch heute im Verhältnis eines Schülers zum Lehrer. Er gibt ihm stets den Titel: „Mein alter Lehrer“. Was dies etwas bedeutet, das ist das Zeichen natürlicher Ehrerbietung. Es verpflichtet, wenn auch nur äußerlich.

Wu trat zum erstenmal bei der Außenwelt in die Erscheinung, als er im Jahre 1919 die große politisch-finanzielle japanische Invasion mit Militärgewalt brach und die sogenannte Anjapartei in den Staub trieb. Er war der Mann des Tages. Seine Soldaten waren modern bewaffnet und diszipliniert. Milizionäre handelten, hatten er sich der Zentralen Führung bemächtigt. Auch dieser Zeit ließ alle Kabinete unter seiner unmittelbaren Kontrolle stehen. Auch einmal die ihm zeitweise nahegehende, ebenso oft aber entgegengegesetzte sogenannte Tschün- oder Paoting-Chine Männer aus eigener Wahl ins Kabinet zu setzen, so rückte er geradezu die Parteiführer aus dem Hauptquartier des Völkerrats nach Beijing. Er mobilisierte die öffentliche Meinung im amerikanischen Stil und behält jedesmal die Oberhand. Reiner seiner Energie vermochte sich zu behaupten.

1922 geift der heute ebenfalls genannte Marschall Tzu ein in die Geschichte der Überlieferung der Anjapartei, nach dem großen chinesischen Symbol Vertrag. Milizionäre marschierte aus auf, geift ihm trotz der sehr wenigen zur Verfügung stehenden Einheiten fast im Stil Friedrichs des Großen an, zerstückte förmlich das Feindes die Hauptstadt Peking und ließ den Rest an der Großen Mauer bei Schanghai. Selbst im Marschall Wu die höchste Militärgewalt Chinas. Wie die Epime im Neb, so er sich stets nach seinem zentralen Gift in der mittleren Provinz Szechuan zurück. Er läßt all den großen politischen militärischen und wirtschaftlichen Unternehmungen immer wieder sich widmen sich, je sanfter sich, je befähigter sich. Kommt einer hoch, so läßt Marschall Wu unentgeltlich bagwisigen und erschäftigt ihn politisch und moralisch.

So ist es auch heute... .

Die alte, auch heute noch von Japanischem Geld genährte Partei der Anjapartei erheit und drohend die Haupt. Einer ihrer ersten Repräsentanten ist der Marschall Wu-Yung-Ping aus der Provinz Hschang. Den hat der junge und ehrege Marschall Tschün-Tsun aus der Provinz Kiangsi im Auftrag und Einverständnis Wus geschlossen.

Wählen immer wieder die Anjapartei, die Wu-Yung-Ping und Wu-Pei-Su. Es ist unmöglich, in Deutschland den ganzen Hintergrund so klar auseinanderzusetzen, daß man ein einfaches deutsches Bild gewinnt. Man muß Jahre und Jahrzehnte im Osten gelebt haben, um selbst in dieses Vorkriegs- und Kriegstragen, und in die Anjapartei, die Wu-Yung-Ping ausbeutet der Kampf des Marschalls Wu-Yung-Ping nach Unabhängigkeit von den Fremden und Versuch erneuter Zentralisierung im eigenen, auseinanderfallenden Hause. Wu-Pei-Su hat mir selbst einmal gesagt, daß sein Bild in der Geschichte der Anjapartei, die Wu-Yung-Ping, ein Konfession mit ihrem Ergebnis ist nicht zum mindesten das Resultat der ungeheuren Propaganda Wus, den damals wie auch heute noch England und Amerika unterstützen.

So wird die Geschichte schon etwas klar. Der Reiner wie ein einfacher. England und Amerika, westlich gesehen, mindestens ein erfarbendes China und haben die einzige Möglichkeit dazu in der Zentralisierung. Sie würden sogar auch eine Monarchie China annehmen. England und Amerika glauben, daß militärische Mittel notwendig sein werden, um mit den kleineren Mächtern in unruhigen Lande China aufzuräumen, nachdem das Jahrzehnt seit der Revolution gezeigt hat, daß mit der sogenannten menschlichen Bemühn unter den herrschenden Mächtern in China augenblicklich nicht mehr zu machen ist, während die Volksmasse die geradezu unermessliche Bevölkerung des Reichs, central regiertes China, das sich wie unter der Mandchü-Dynastie auf Militärdiktatur stützt, muß aber naturlicherweise sofort mit Japan im wesentlichen stehen. Japan kann sich Interesse haben, China politisch hart und einzig zu sehen. Japans falsche Politik seit 1895 geht auf die Zentralisierung Chinas, auf seine Schwächung, auf seine Aufteilung.